

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVIII

## Kapitel 1: Einführung

<b>I. Gegenstand der Untersuchung .....</b>	<b>1</b>
A. Selbstbelastungsfreiheit .....	1
B. Probleme der Auslegung und Umsetzung .....	2
C. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands .....	3
<b>II. Forschungsstand .....</b>	<b>5</b>
<b>III. Ziele der Untersuchung .....</b>	<b>6</b>
<b>IV. Methoden der Untersuchung .....</b>	<b>8</b>
<b>V. Aufbau der Untersuchung .....</b>	<b>10</b>

## Kapitel 2: Europäische Menschenrechtskonvention

<b>I. Grundzüge der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR .....</b>	<b>15</b>
A. Das Schutzsystem der EMRK .....	16
B. Inter-partes-Bindung der Entscheidungen des EGMR .....	18
C. Bedeutung der Rechtsprechung des EGMR .....	20
<b>II. Entwicklung und Begründung der Selbstbelastungsfreiheit .....</b>	<b>21</b>
A. Historische Entwicklung .....	21
1. Vorbereitende Arbeiten .....	22
2. Versuche zur Aufnahme in die EMRK .....	23
3. Kasuistik der Konventionsorgane vor der ausdrücklichen Anerkennung .....	25
a) Verwertbarkeit unfreiwilliger Geständnisse .....	26
b) Belehrungspflichten bei der polizeilichen Vernehmung .....	28
c) Verteidigerkonsultationsrecht bei der polizeilichen Vernehmung ....	28
d) Ergebnisse .....	31
4. Ausdrückliche Anerkennung der Selbstbelastungsfreiheit .....	31
5. Zwischenergebnisse zur historischen Entwicklung .....	32
B. Begründung der Selbstbelastungsfreiheit .....	34
1. Recht auf ein faires Verfahren .....	34
2. Auslegungsprämissen .....	36
3. Konturen des Rechts auf ein faires Verfahren .....	37

4.	Schutzzwecke der Selbstbelastungsfreiheit .....	39
a)	Schutz vor unzulässigem Zwang .....	39
b)	Schutz der Willensfreiheit .....	41
c)	Vermeidung von Justizirrtümern .....	43
d)	Erfüllung von Zwecken des Art. 6 .....	45
e)	Ergebnisse .....	46
5.	Auf der Ebene des Völkerrechts .....	46
6.	Innerhalb der Konvention .....	47
a)	Unschuldsvermutung .....	47
aa)	Grundzüge des Schutzzinhalts .....	47
bb)	Verbindung zwischen den beiden Grundsätzen .....	49
cc)	Ableitbarkeit der Selbstbelastungsfreiheit .....	51
dd)	Kritik an der Ableitung .....	52
b)	Recht auf Verteidigung .....	54
c)	Recht auf Privatleben .....	56
aa)	Anwendungsbereich im Überblick .....	56
bb)	Ableitbarkeit der Selbstbelastungsfreiheit .....	57
(1)	Der Aspekt der Würdegarantie .....	58
(2)	Das Recht auf Selbstbestimmung .....	58
d)	Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit .....	60
e)	Ergebnisse .....	63
C.	Definition der Selbstbelastungsfreiheit .....	63
1.	Problematik der unterschiedlichen Begriffe .....	63
2.	Bedeutung des Zwangselements .....	66
D.	Schutzbereich der Selbstbelastungsfreiheit .....	67
1.	Im Überblick .....	67
a)	Umriss des Schutzzumfangs .....	67
b)	Die Frage der Beschränkbarkeit .....	68
c)	Gesamtbetrachtungslehre des EGMR bei der Selbstbelastungsfreiheit .....	69
2.	Anwendbarkeit des Rechts auf Selbstbelastungsfreiheit .....	71
a)	Persönlicher Anwendungsbereich .....	72
aa)	Angeklagter im Sinne des Art. 6 .....	72
bb)	Zeugen .....	73
b)	Sachlicher Anwendungsbereich .....	74
aa)	Kriminelles Vergehen .....	74
bb)	Stichhaltigkeit einer Anklage .....	76
c)	Zeitlicher Anwendungsbereich .....	79
d)	Außerstrafrechtliche Geltung der Selbstbelastungsfreiheit .....	81
aa)	Zulässigkeit staatlicher Mitwirkungspflichten .....	81
bb)	Rückwirkende Geltung der Selbstbelastungsfreiheit .....	83
3.	Zusammenfassung des Schutzbereichs .....	84

<b>III. Schutz vor Aussagezwang</b> .....	84
A. Umfang der Aussagefreiheit .....	84
B. Definition von Zwang .....	85
C. Tatsächlicher Zwang .....	88
1. Unmittelbarer tatsächlicher Zwang .....	88
a) Folter- und Misshandlungsverbot .....	90
aa) Schutzzumfang des Art. 3 EMRK .....	90
bb) Begriff der Folter und Misshandlung .....	91
cc) Verbotene Vernehmungsmethoden .....	94
(1) Körperliche Übergriffe .....	95
(2) Misshandlungen ohne körperliche Spuren .....	98
(3) Verbale Übergriffe .....	100
dd) Niederschwellige Vernehmungsmethoden .....	101
ee) Konzeptionelle Schwächen des Art. 3 .....	103
b) Freiwilligkeit eines Geständnisses .....	106
aa) Maßstab für ein unfreiwilliges Geständnis .....	106
bb) Konkrete Umstände eines unfreiwilligen Geständnisses .....	107
2. Mittelbarer tatsächlicher Zwang .....	109
3. Zwischenergebnisse .....	111
D. Rechtlicher Zwang .....	112
1. Unmittelbarer rechtlicher Zwang .....	112
a) Strafbarkeit des Schweigens .....	112
b) Strafbewehrte Erscheinungspflicht .....	113
2. Mittelbarer rechtlicher Zwang .....	113
a) Nachteilige Verwertung des Aussageverhaltens des Beschuldigten .....	114
aa) Einschränkung der Aussagefreiheit .....	114
bb) Rechtfertigung der nachteiligen Verwertung .....	115
cc) Schranken-Schranken .....	119
dd) Erforschung des Motivs – insbesondere Verteidigerrat .....	120
ee) Die Prüfung des EGMR .....	122
b) Ergebnisse .....	124
3. Zwischenergebnisse .....	125
<b>IV. Umgehungsverbot</b> .....	125
A. Grundzüge der Zulässigkeit verdeckter Ermittlungsmaßnahmen .....	126
B. Konventionsrechtliche Grenzen verdeckten Veranlassens zur Selbstbelastung .....	128
1. Tatprovokation .....	128
a) Im Allgemeinen .....	128
b) Zulässige Tatprovokation .....	129
c) Schutz vor Selbstbelastung .....	130
2. Einfaches Abhören .....	131
3. Abhören durch aktive Täuschung .....	132

4.	Verdeckte Befragung durch eine Abhörfälle .....	132
a)	Durch eine Privatperson auf eigene Initiative .....	132
b)	Durch eine Privatperson im Auftrag der Ermittlungsbehörde .....	133
5.	Verdeckte Befragung .....	134
6.	Aushorchen eines inhaftierten Beschuldigten .....	136
C.	Zwischenergebnisse .....	137
<b>V.</b>	<b>Ergänzende Schutzrechte</b> .....	<b>138</b>
A.	Beschuldigteneigenschaft nach Art. 6 Abs. 1 EMRK .....	139
1.	Kriterien im Überblick .....	139
2.	Fallkonstellationen .....	140
a)	Beginn des Beschuldigtenstatus bei einem Verdächtigen .....	140
b)	Erlangung des Beschuldigtenstatus bei einer informatorischen Befragung .....	140
B.	Informationsrechte .....	142
1.	Belehrung über Beschuldigungen .....	142
a)	Das Recht auf Unterrichtung gemäß Art. 6 Abs. 3 lit. a .....	142
b)	Das Recht auf Mitteilung gemäß Art. 5 Abs. 2 .....	144
2.	Belehrung über die Aussagefreiheit .....	146
a)	Im Allgemeinen .....	146
b)	Belehrung als Erfordernis eines gültigen Verzichts .....	147
c)	Belehrungspflicht als Gewährleistung der Aussagefreiheit .....	148
3.	Belehrung über das Verteidigerkonsultationsrecht .....	149
a)	Im Allgemeinen .....	149
b)	Belehrung als Erfordernis eines gültigen Verzichts .....	149
c)	Belehrung als Gewährleistung des Verteidigerkonsultationsrechts .....	150
4.	Zwischenergebnisse zu den Informationsrechten .....	151
C.	Recht auf Verteidigerbeistand .....	152
1.	Anwendungsbereich des Art. 6 Abs. 3 lit. c .....	152
2.	Recht auf Verteidigerbeistand im Polizeigewahrsam .....	153
a)	Entwicklung in der Rechtsprechung .....	153
b)	Wendepunkt: Fall Salduz .....	155
3.	Schutzumfang des Verteidigerkonsultationsrechts .....	156
a)	Zeitpunkt des Verteidigerzugangs .....	156
b)	Gültiger Verzicht .....	158
aa)	Belehrung als Mindestgarantie .....	159
bb)	Freiwilligkeit .....	160
cc)	Unterbrechungs- und Hilfspflicht .....	160
c)	Umfang der Konsultation – Anwesenheitsrecht .....	161
d)	Einschränkung des Verteidigerzugangs .....	163
e)	Umfang der verbotenen Beeinträchtigung .....	164
f)	Ergebnisse .....	164
4.	Recht auf einen unentgeltlichen Verteidiger .....	165

a) Voraussetzungen .....	165
b) Kasuistik des Gerichtshofs .....	166
5. Zwischenergebnisse zur einschlägigen Rechtsprechung des EGMR ....	167
<b>VI. Beweisverwertungsverbote .....</b>	<b>167</b>
A. Grundsätze des konventionsrechtlichen Beweisverfahrens .....	168
1. Die Konvention als Menschenrechtscharta .....	168
2. Fairness bei Beweisfragen .....	168
B. Einzelne Beweisverwertungsverbote .....	171
1. Verwertungsverbot bei erzwungenen Beweismitteln .....	171
a) Unmittelbarer tatsächlicher Zwang .....	171
aa) Folter und Misshandlungen .....	171
(1) Im Grundsatz .....	171
(2) Umfang des Verwertungsverbots nach Art. 3 i.V.m. Art. 6 Abs. 1 .....	173
(3) Nachweisbarkeit .....	174
(4) Unterbrechung der Kausalität – die Frage der „qualifizierten“ Belehrung .....	175
(5) Ermittlungspflicht .....	176
bb) Unfreiwillige Geständnisse .....	177
cc) Ergebnisse .....	178
b) Unmittelbarer rechtlicher Zwang .....	179
2. Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Umgehungsverbot .....	180
a) Tatprovokation .....	180
aa) Rechtsfolgen einer konventionswidrigen Tatprovokation ....	180
bb) Erfordernis eines Beweisverwertungsverbots .....	180
b) Umgehungsverbot bei verdeckter Befragung des Beschuldigten ....	181
3. Verwertungsverbote bei Verstößen gegen Informationsrechte .....	182
a) Belehrung über die Aussagefreiheit .....	182
b) Belehrung über das Verteidigerkonsultationsrecht .....	182
4. Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Verteidigerkonsultationsrecht .....	183
5. Zwischenergebnisse zu beweisrechtlichen Anforderungen .....	184
<b>VII. Zusammenfassung .....</b>	<b>184</b>

### Kapitel 3: Landesbericht Deutschland

<b>I. Grundzüge des Strafverfahrensrechts .....</b>	<b>195</b>
A. Quellen des Strafverfahrensrechts .....	195
B. Aufbau des Strafverfahrens .....	196
1. Ermittlungsverfahren .....	196
2. Hauptverhandlung .....	197
3. Rechtsmittelverfahren .....	197
C. Verfassungsgerichtsbarkeit .....	198
D. Strafrechtsliteratur .....	198

<b>II. Entwicklung und Begründung der Selbstbelastungsfreiheit</b>	199
A. Historische Entwicklung	200
1. Mittelalterlicher Inquisitionsprozess	200
a) Begründung einer durch Folter erzwingbaren Selbstbelastungspflicht	200
b) Folter als Beweiserhebungsmethode	202
2. Einwände der humanistischen Gedanken der Aufklärung und Akkusationsverfahren	203
a) Kritische Betrachtung der Folter	203
b) Abschaffung der Folter	204
c) Einführung des Anklageprozesses	204
d) Ergebnisse	205
3. Einführung der Reichsstrafprozessordnung von 1877	206
a) Anerkennung der Selbstbelastungsfreiheit	206
aa) Umsetzung in der Reichsstrafprozessordnung	206
bb) Motive des Gesetzgebers	207
cc) Ergebnisse	208
b) Zäsur in der Geltung der Selbstbelastungsfreiheit – Drittes Reich	208
c) Wiederkehr der Selbstbelastungsfreiheit – Gründung der Bundesrepublik Deutschland	209
aa) Einfachgesetzliche Verstärkung	210
bb) Völkerrechtliche Anerkennung	211
4. Historische Würdigung der Selbstbelastungsfreiheit	211
a) In der höchstrichterlichen Rechtsprechung	211
b) Literaturmeinungen	212
5. Zwischenergebnisse	213
B. Begründung der Selbstbelastungsfreiheit	214
1. Brandenburgische Verfassung	214
2. Verfassungsrechtliche Ableitung in der Rechtsprechung	215
a) Würdegehalt der Selbstbelastungsfreiheit	215
b) Selbstbelastungsfreiheit als Persönlichkeitsschutz	217
aa) Grundzüge des Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	217
bb) Allgemeine Selbstbestimmung – Schutz vor unzumutbarer Konfliktsituation	218
cc) Informationelle Selbstbestimmung	220
c) Selbstbelastungsfreiheit als Ausprägung von Fairness	221
d) Absoluter Kern der Selbstbelastungsfreiheit	223
aa) Begrenzung durch das Strafverfahren	223
bb) Immanente Grenzen	224
e) Ergebnisse	226
3. Verfassungsrechtliche Ableitung in der Literatur	227
a) Das Argument der Degradierung zum Verfahrensobjekt	228
b) Das Argument der Instrumentalisierung	230

c)	Das Argument des Persönlichkeitsschutzes .....	232
aa)	Selbsterhaltungstrieb .....	232
bb)	Eigenverantwortlichkeit .....	234
cc)	Informationelle Selbstbestimmung .....	236
d)	Fairnessgehalt der Selbstbelastungsfreiheit .....	237
e)	Unschuldsvermutung .....	239
f)	Verfassungsrechtliche Wertentscheidung .....	241
aa)	Kritische Betrachtung der Selbstbelastungsfreiheit .....	241
bb)	Entgegnung der Kritik .....	243
cc)	Ergebnisse .....	244
g)	Verfassungsrechtliche Ableitung .....	245
aa)	Kritik – Vertreter eines induktiven Ansatzes .....	245
bb)	Entgegnung und Befürworter eines deduktiven Ansatzes .....	247
h)	Zwischenergebnisse zum verfassungsrechtlichen Inhalt der Selbstbelastungsfreiheit .....	248
4.	Menschenrechtliche Konventionen .....	249
a)	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte .....	249
aa)	Höchststrichterliche Rechtsprechung .....	250
bb)	Literaturmeinungen .....	250
b)	Europäische Menschenrechtskonvention .....	251
aa)	Höchststrichterliche Rechtsprechung .....	252
bb)	Literatur .....	254
c)	Zwischenergebnisse .....	256
5.	Systematik der StPO – Wechselwirkung zwischen Verfassung und StPO .....	256
a)	Die Mitwirkungslehre der StPO .....	257
aa)	Abgrenzungskriterium: Passivität – Aktivität .....	258
bb)	Umfang des Rechts auf Passivität .....	260
(1)	Praktische Bedeutung – Aspekt der Erzwingbarkeit .....	261
(2)	Schutz vor Täuschung .....	262
cc)	Ausscheiden als Beweismittel .....	264
b)	Die Reichweite der Aussagefreiheit nach der StPO .....	265
aa)	Aussagepersonen der StPO .....	265
(1)	Zeuge .....	265
(2)	Beschuldigter .....	267
(3)	Folgen der fehlerhaften Rollenzuweisung .....	268
bb)	Vernehmungsbegriff der StPO .....	268
(1)	Offener Vernehmungsbegriff .....	269
(2)	Verdeckte Abschöpfungen .....	269
(3)	Ergebnisse .....	272
6.	Zwischenergebnisse zu den Begründungsansätzen .....	272
C.	Definition der Selbstbelastungsfreiheit .....	273
1.	Uneinheitliche Begriffe .....	273

2.	Aus der Eingriffsperspektive – die Bedeutung des Zwangselements ....	274
3.	Aus der Perspektive der Freiheit .....	276
4.	Zwischenergebnisse zur Definition .....	277
<b>III.</b>	<b>Schutz vor Aussagezwang .....</b>	<b>277</b>
A.	Besonderheiten des Polizeigewahrsams .....	277
B.	Umfang der Aussagefreiheit .....	279
1.	Definition von Zwang .....	279
2.	Funktionales Zwangsverständnis .....	280
3.	Methoden der Zwangsanzwendung und § 136a StPO .....	282
C.	Tatsächlicher Zwang .....	284
1.	Unmittelbarer tatsächlicher Zwang .....	284
a)	Folter .....	284
b)	Misshandlungen – Quälerei – körperliche Eingriffe .....	285
c)	Verabreichen von Mitteln .....	287
d)	Ermüdung .....	287
2.	Drohung – Vorteilsversprechen .....	288
3.	Täuschung .....	291
a)	Restriktive Auslegung .....	291
b)	Fallbeispiele .....	292
c)	Ausnutzung von vorhandenen Irrtümern .....	293
d)	Kritik .....	295
4.	Prozesswidriger Einsatz von Zwangsmaßnahmen .....	297
5.	Psychoanalytische Methoden .....	298
a)	Einsatz von Lügendetektoren .....	299
b)	Projektiver Persönlichkeitstest .....	301
6.	Mittelbarer tatsächlicher Zwang .....	301
7.	Zwischenergebnisse zum Schutz vor tatsächlichem Zwang .....	303
D.	Rechtlicher Zwang .....	303
1.	Unmittelbarer rechtlicher Zwang .....	303
2.	Mittelbarer rechtlicher Zwang .....	305
a)	Nachteilige Verwertung des Aussageverhaltens des Beschuldigten .....	305
aa)	Rechtliche Aspekte .....	305
(1)	Gründe für eine nachteilige Verwertung .....	305
(2)	Gründe gegen die nachteilige Verwertung .....	306
bb)	Ergebnisse der herrschenden Meinung .....	308
cc)	Die praktische Bedeutung der Verwertbarkeit .....	311
(1)	Nur bedingte Erheblichkeit .....	311
(2)	Harte Prozessrealität .....	312
b)	Konkrete Fallgruppen in der Rechtsprechung .....	313
aa)	Vollständiges oder teilweises Schweigen .....	313
bb)	Zeitweises Schweigen .....	316
c)	Zwischenergebnisse zum Schutz vor rechtlichem Zwang .....	317



<b>IV. Umgehungsverbot</b>	317
A. Erforderlichkeit eines Umgehungsschutzes	318
B. Vernehmungssähnliche Situationen	319
C. Grenzen verdeckten Veranlassens	321
1. Tatprovokation	322
a) Zulässige Tatprovokation	322
b) Schutz vor Selbstbelastung	323
2. Einfaches Abhören	324
3. Abhören durch aktive Täuschung	324
4. Verdeckte Befragung durch eine Abhörfalle	325
a) Ausgangspunkt: heimliche Tonbandaufnahme durch eine Privatperson	325
b) Unzulässigkeit einer polizeilich initiierten Abhörfalle	326
c) Abweichung – BGHSt 39, 335	327
d) Aktuelle Rechtsprechung des BGH	328
5. Verdeckte Befragung	330
6. Aushorchungsfälle	330
D. Zwischenergebnisse zum Umgehungsverbot	331
<b>V. Ergänzende Schutzrechte</b>	332
A. Informationsrechte	332
1. Belehrung über Beschuldigungen	332
a) Allgemeine Belehrung	332
b) Belehrung bei Freiheitsentzug	334
c) Ergebnisse	334
2. Belehrung über die Aussagefreiheit	335
a) Notwendigkeit einer Belehrung	335
b) Beschuldigtenstatus	336
aa) Ausgangspunkt	336
bb) Erste Revision der subjektiven Beschuldigtentheorie	337
cc) Letzte Revision	339
dd) Ergebnisse	340
c) Vernehmungsbegriff	341
aa) Definition	341
bb) Vorgespräch	342
cc) Spontane Äußerungen	343
d) Einführung europäischer Vorgaben – sogenannte Letter of Rights	344
aa) Entwicklungsgeschichte	344
bb) Beschuldigtenstatus bei Freiheitsentzug	345
e) Zwischenergebnisse	346
3. Belehrung über das Verteidigerkonsultationsrecht	346
a) Erforderlichkeit einer Belehrung	346
b) Unvollständigkeit der StPO	347

c)	Uneinheitliche Rechtsprechung .....	347
d)	Neue Belehrungspflicht des § 136 Abs. 1 Satz 3 StPO .....	348
e)	Überholte Rechtsprechung .....	348
aa)	Bei fehlendem Wunsch .....	349
bb)	Bei ausdrücklichem Wunsch .....	349
f)	Zwischenergebnisse .....	351
B.	Recht auf Verteidigerbeistand .....	352
1.	Bedeutung für die Aussagefreiheit .....	352
2.	Rechtliche und faktische Grenzen .....	353
3.	Recht auf Konsultation eines Verteidigers eigener Wahl .....	355
a)	Grundzüge des Schutzzumfangs .....	355
b)	Reichweite der Sorgepflicht .....	356
c)	Fortsetzung der Vernehmung .....	357
aa)	Grenzen freiwilligen Verzichts .....	358
bb)	Entgegennahme spontaner Äußerungen .....	359
4.	Bestellung eines Pflichtverteidigers .....	360
a)	Voraussetzung einer Pflichtverteidigerbestellung .....	360
b)	Rechtsprechung des BGH .....	361
c)	Ergebnisse .....	363
5.	Zwischenergebnisse zum Recht auf Verteidigerbeistand .....	363
<b>VI.</b>	<b>Beweisverwertungsverbote .....</b>	<b>364</b>
A.	Erforderlichkeit eines Verwertungsverbots .....	364
B.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen die Selbstbelastungsfreiheit .....	365
C.	Einzelne Beweisverwertungsverbote .....	366
1.	Verwertungsverbote bei erzwungenen Beweismitteln .....	366
a)	Art. 15 UN-Antifolterkonvention .....	367
b)	§ 136 Abs. 3 Satz 2 StPO .....	368
aa)	Voraussetzungen .....	368
bb)	Fortwirkung .....	369
cc)	Fernwirkung .....	370
2.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Umgehungsverbot .....	371
3.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen Informationsrechte .....	373
a)	Unterlassene Belehrung über die Aussagefreiheit .....	373
b)	Unterlassene Belehrung über das Verteidigerkonsultationsrecht ....	373
c)	Voraussetzungen eines Verwertungsverbots .....	375
d)	Fortwirkung .....	376
4.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Verteidigerkonsultationsrecht .....	377
5.	Zwischenergebnisse .....	379
<b>VII.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>379</b>

**Kapitel 4: Landesbericht Türkei**

<b>I. Grundzüge des Strafverfahrensrechts</b>	390
A. Quellen des Strafverfahrensrechts	390
B. Aufbau des Strafverfahrens	391
1. Ermittlungsverfahren	392
2. Hauptverhandlung	393
3. Revisionsverfahren	393
C. Verfassungsgerichtsbarkeit	395
D. Strafrechtsliteratur	395
<b>II. Entwicklung und Begründung der Selbstbelastungsfreiheit</b>	396
A. Historische Entwicklung	397
1. Osmanisches Recht	397
a) Im Allgemeinen	397
b) Schariastrafrecht	398
aa) Einzelne Straftaten	398
bb) Grundzüge des Beweisrechts	399
(1) Verlauf der Beweisaufnahme	399
(2) Aussagebefugnis des Beschuldigten	400
cc) Geständnisfreiheit nach der klassischen Lehre	401
(1) Geständnis als Beweismittel	401
(2) Begründung	401
(3) Abweichung	404
dd) Geständniszwang nach dem osmanischen Recht	404
(1) Standpunkt der Juristen	404
(2) Osmanische Gesetzgebung des 15. und 16. Jahrhunderts	405
ee) Osmanische Gerichtspraxis	407
(1) Strafverfolgung wegen Diebstahls	408
(2) Unklarheiten	410
(3) Ergebnisse	411
c) Ausdrückliche Abschaffung der Folter	412
d) Strafverfahren vor Nizamiye-Gerichten	412
e) Osmanische Strafprozessordnung	414
f) Exkurs: nachteilige Verwertung des Aussageverhaltens	415
g) Ergebnisse	416
2. Recht der Türkischen Republik	416
a) Einführung der türkischen Strafprozessordnung von 1929	417
aa) Motive des Gesetzes	417
bb) Beschuldigter als Aussageperson	418
cc) Höchststrichterliche Rechtsprechung	420
dd) Literaturmeinungen	420
b) Verfassungsrechtliche Einführung des Verbots des Selbstbelastungszwangs	422

3.	Rechtswirklichkeit: Folter .....	423
a)	Umstände des Polizeigewahrsams im Allgemeinen .....	423
b)	De-facto-Charakter der Folter .....	426
aa)	Verbreitete und systematische Folteranwendung .....	426
bb)	Folter als Staatsräson bei der Bekämpfung des Terrorismus .....	429
cc)	Staat im Staate .....	430
dd)	Weitere strukturelle Probleme der Strafverfolgung .....	431
c)	Die Strafprozessnovelle von 1992 .....	432
aa)	Reformforderungen .....	432
bb)	Änderungsgesetz von 1992 .....	434
d)	Null-Toleranz-Politik .....	436
e)	Ergebnisse .....	438
4.	Die neue Strafprozessordnung von 2004 .....	438
B.	Begründung der Selbstbelastungsfreiheit .....	440
1.	Verfassungsrechtliche Verankerung .....	440
a)	Spruchpraxis des tVerfG im Allgemeinen .....	440
b)	Verfassungsrechtliche Auslegung des Verbots des Selbstbelastungszwangs .....	443
aa)	Würdegehalt des Verbots des Selbstbelastungszwangs .....	444
(1)	Im Allgemeinen .....	444
(2)	Möglichkeit einer Begründung .....	445
(3)	Würdeverständnis des Gesetzgebers der tStPO von 2004 .....	447
bb)	Persönlichkeitsschutz und Verbot des Selbstbelastungszwangs .....	449
cc)	Fairness und Verbot des Selbstbelastungszwangs .....	450
dd)	Ergebnisse .....	451
c)	Weitere Bezüge des Verbots des Selbstbelastungszwangs .....	452
aa)	Verteidigungsrecht und Verbot des Selbstbelastungszwangs .....	452
(1)	Grundzüge des Schutzzinhalts .....	452
(2)	Verbindung mit der Selbstbelastungsfreiheit .....	453
bb)	Unschuldsvermutung und Verbot des Selbstbelastungszwangs .....	455
(1)	Schutzzinhalt im Überblick .....	455
(2)	Der Zweifelsgrundsatz in der Spruchpraxis des KGH .....	456
cc)	Ergebnisse .....	458
d)	Literaturmeinungen .....	458
aa)	Persönliche Autonomie .....	458
bb)	Willensfreiheit .....	459
cc)	Unschuldsvermutung .....	460
dd)	Ergebnisse .....	461

e)	Verfassungsrechtliche Werteentscheidung .....	461
aa)	Kein subjektives Recht auf Selbstbelastungsfreiheit .....	461
(1)	Gölcüklü .....	461
(2)	Stellungnahme .....	462
bb)	Einfachgesetzliches Recht .....	463
(1)	Erem .....	463
(2)	Stellungnahme .....	464
cc)	Verfassungsrechtliches Zwangsverbot .....	464
(1)	Özgenç .....	464
(2)	Stellungnahme .....	466
dd)	Subjektives Recht auf Selbstbelastungsfreiheit .....	467
f)	Zwischenergebnisse zur verfassungsrechtlichen Begründung .....	468
2.	Menschenrechtliche Konventionen .....	469
3.	Systematik der tStPO .....	470
a)	Mitwirkungslehre in der tStPO von 2004 .....	470
b)	Mitwirkungslehre in der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	472
c)	Beschuldigter als Aussageperson .....	472
aa)	Aussagefreiheit .....	472
bb)	Formelle Voraussetzungen .....	474
C.	Schutzbereich des Verbot des Selbstbelastungszwangs .....	476
1.	Unklarheiten .....	476
a)	Persönlicher Schutzbereich .....	476
b)	Sachlicher Schutzbereich .....	477
2.	Bedeutung des Zwangselements .....	478
<b>III.</b>	<b>Schutz vor Aussagezwang .....</b>	<b>480</b>
A.	Einfachgesetzliche Ausprägung .....	480
B.	Tatsächlicher Zwang .....	482
1.	Unmittelbarer tatsächlicher Zwang .....	482
a)	Folter und Misshandlungen .....	482
aa)	§ 243 tStGB von 1926.....	482
bb)	§ 94 tStGB von 2004 .....	484
b)	Ermüdung .....	486
c)	Versprechen von Vorteilen und Drohung .....	486
d)	Täuschung .....	488
e)	Andere unzulässige Vernehmungsmethoden .....	490
f)	Ergebnisse .....	490
2.	Mittelbarer tatsächlicher Zwang .....	490
C.	Rechtlicher Zwang .....	492
1.	Unmittelbarer rechtlicher Zwang .....	492
2.	Mittelbarer rechtlicher Zwang .....	493
a)	Rechtliche Aspekte der Zulässigkeit in der Literatur .....	495
aa)	Gründe gegen eine nachteilige Verwertung .....	495
bb)	Gründe für eine nachteilige Verwertung .....	496

b)	Erheblichkeit .....	497
c)	Beweisrechtliche Grundsätze .....	498
d)	Fallgruppen .....	500
aa)	Vollständiges Schweigen .....	500
bb)	„Umdeutendes“ Geständnis .....	501
cc)	Zeitweises Schweigen .....	503
e)	Ergebnisse .....	504
<b>IV.</b>	<b>Umgehungsverbot .....</b>	<b>504</b>
A.	Gesetzliche Vorgaben .....	504
B.	Höchststrichterliche Rechtsprechung .....	506
1.	Zulässigkeit heimlicher Tonbandaufnahmen .....	506
2.	Ergebnisse verdeckter Ermittlungen .....	507
C.	Literaturmeinungen .....	508
1.	Zulässigkeit heimlicher Tonbandaufnahmen .....	508
2.	Verdeckte Befragung .....	508
3.	Zwischenergebnisse .....	509
<b>V.</b>	<b>Ergänzende Schutzrechte .....</b>	<b>510</b>
A.	Informationsrechte .....	510
1.	Belehrung über Beschuldigungen .....	510
2.	Belehrung über die Aussagefreiheit .....	510
a)	In der Polizeipraxis .....	511
b)	Beschuldigten- und Vernehmungsbegriff .....	511
aa)	Gesetzliche Definitionen .....	511
bb)	In der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	512
cc)	Literaturmeinungen .....	514
3.	Belehrung über das Verteidigerkonsultationsrecht .....	515
a)	Im Allgemeinen .....	515
b)	In der Polizeipraxis .....	516
B.	Recht auf Verteidigerbeistand .....	517
1.	Gesetzliche Ausgestaltung .....	517
2.	In der Polizeipraxis .....	518
3.	In der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	521
4.	Literaturmeinungen .....	522
a)	Unterbrechungspflicht .....	522
b)	Anwesenheit des Verteidigers .....	523
5.	Zwischenergebnisse .....	523
<b>VI.</b>	<b>Beweisverwertungsverbote .....</b>	<b>524</b>
A.	Revisionsprüfung des Kassationsgerichtshofs .....	524
1.	Prozessrechtsrigorismus bei Verfahrensverstößen .....	525
2.	Eigene Beweisaufnahme und -würdigung .....	526
3.	Weitere Probleme der Revisionsprüfung .....	528
4.	Zwischenergebnisse .....	530

B.	Grundzüge des Beweisrechts .....	531
1.	Prinzip des freien Beweissystems .....	531
2.	Absolutes Verwertungsverbot .....	532
3.	Verstöße gegen das Verbot des Selbstbelastungszwangs .....	533
C.	Einzelne Beweisverwertungsverbote .....	534
1.	Verwertungsverbote bei erzwungenen Beweismitteln .....	534
a)	Vor der Einführung des gesetzlichen Beweisverwertungsverbots .....	534
aa)	Ausdrückliche Verwertung von erfolgten Beweisen .....	534
bb)	Verlesungsverbot .....	536
b)	Nach der Strafprozessnovelle von 1992 .....	538
aa)	Zulässigkeitskriterien .....	538
bb)	Konkrete Anwendung .....	540
c)	Abweichende Rechtsprechung .....	543
d)	Nachweis des Aussagezwangs bei der polizeilichen Vernehmung .....	544
2.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Umgehungsverbot .....	546
3.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen Informationsrechte .....	546
a)	Im Allgemeinen .....	546
b)	Frage der Verwertbarkeit .....	548
4.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Verteidigerkonsultationsrecht .....	550
a)	Ausdrückliches Verwertungsverbot .....	550
b)	Höchststrichterliche Rechtsprechung .....	550
VII.	Zusammenfassung .....	552

### Kapitel 5: Rechtsvergleich

I.	Die EMRK als Vergleichsmaßstab .....	561
A.	Mindeststandards eines gemeineuropäischen Strafverfahrensrechts .....	561
B.	Geltung der EMRK in den zu vergleichenden Rechtsordnungen .....	562
1.	Deutsches Recht .....	562
2.	Türkisches Recht .....	563
II.	Entwicklung und Begründung der Selbstbelastungsfreiheit .....	565
A.	Strukturelle Unterschiede im deutschen und türkischen Strafverfahrensrecht .....	565
B.	Besonderheiten der Rechtsprechung des EGMR .....	566
C.	Historische Entwicklung .....	567
1.	Mittelalter .....	567
2.	Reformen im 19. Jahrhundert .....	568
3.	Rezeption der dStPO in der Türkei .....	569
4.	Straßburger Bilanz .....	570
D.	Begründung der Selbstbelastungsfreiheit .....	571
1.	Freiheitsrechtliche Begründung .....	572

a) Willensfreiheit .....	572
b) Selbstschutz .....	574
2. Prozessrechtliche Begründung .....	575
a) Schutz vor Justizirrtümern .....	575
b) Negatives Verteidigungsrecht .....	576
c) Erfordernis eines fairen Verfahrens .....	577
d) Erfordernis der Unschuldsvermutung .....	578
E. Schutzbereich und Definition der Selbstbelastungsfreiheit .....	578
1. Gegenstand der Selbstbelastungsfreiheit .....	578
2. Kernschutzbereich .....	579
3. Umgehungsverbot .....	580
4. Ergänzende Schutzrechte .....	580
5. Anwendbarkeitskriterien .....	581
<b>III. Schutz vor Aussagezwang .....</b>	<b>582</b>
A. Grundzüge des Schutzzumfangs .....	582
B. Tatsächlicher Zwang .....	583
1. Verbotene Vernehmungsmethoden .....	583
2. Freiwilligkeit eines Geständnisses .....	585
3. Mittelbarer Zwang .....	587
4. Rechtstatsächlichkeit .....	587
C. Rechtlicher Zwang .....	588
1. Unmittelbarer rechtlicher Zwang .....	588
2. Mittelbarer rechtlicher Zwang .....	589
a) Rechtliche Aspekte .....	589
b) Grenzen der Beweiswürdigung .....	590
<b>IV. Umgehungsverbot .....</b>	<b>593</b>
A. Tatprovokation .....	593
B. Aushorchungsfälle .....	593
C. Abhörfälle .....	594
D. Abhören durch aktive Täuschung .....	594
<b>V. Ergänzende Schutzrechte .....</b>	<b>595</b>
A. Beschuldigtenstatus .....	595
1. Im Allgemeinen .....	595
2. Allgemeine Beschuldigtentheorie .....	596
3. Abgrenzung .....	597
4. Intensität des Verdachts .....	597
5. Schutz der Aussagefreiheit .....	598
B. Vernehmungsbegriff .....	599
1. Im Allgemeinen .....	599
2. Formeller Vernehmungsbegriff .....	600
C. Informationsrechte .....	601
1. Belehrung über Beschuldigungen .....	601



2.	Belehrung über die Aussagefreiheit .....	602
3.	Belehrung über das Verteidigerkonsultationsrecht .....	603
D.	Recht auf Verteidigerbeistand .....	604
1.	Grundzüge der Regelung .....	604
2.	Zeitpunkt .....	605
3.	Unterbrechungspflicht .....	606
4.	Hilfspflicht .....	607
5.	Anwesenheitsrecht .....	608
6.	Recht auf einen unentgeltlichen Verteidiger .....	609
a)	Bestellung eines Pflichtverteidigers .....	609
b)	Bestellung eines Rechtshilfeverteidigers .....	610
c)	Anwaltlicher Notdienst .....	611
<b>VI.</b>	<b>Beweisverwertungsverbote .....</b>	<b>611</b>
A.	Grundlagen .....	611
B.	Verstöße gegen die Selbstbelastungsfreiheit .....	612
C.	Einzelne Verwertungsverbote .....	613
1.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Verbot eines Aussagezwangs .....	613
a)	Unmittelbarer tatsächlicher Zwang .....	613
aa)	Folter und Misshandlungen .....	613
bb)	Weitere unzulässige Vernehmungsmethoden .....	614
cc)	Kausalität – qualifizierte Belehrung .....	615
dd)	Nachweis .....	615
b)	Unmittelbarer rechtlicher Zwang .....	616
2.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Umgehungsverbot .....	616
3.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen Informationsrechte .....	617
a)	Unterlassene Belehrung über die Aussagefreiheit oder das Verteidigerbeistandsrecht .....	617
b)	Formelle Voraussetzungen eines Beweisverwertungsverbots .....	618
4.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen das Verteidigerkonsultationsrecht .....	619
<b>VII.</b>	<b>Schlussbetrachtung .....</b>	<b>620</b>
	Anhang: Gesetzestexte .....	624
	Literaturverzeichnis .....	638